

8. November 2018

"Kamerun braucht unser Gebet und unsere Unterstützung"

Stellungnahme von Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

"Wir gedenken in dieser Woche des Endes des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren. Als Verantwortliche in Kirchen und Religionen wollen wir am 11. November mit unserer gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung von Christen verschiedener Konfessionen, von Juden, Muslimen und Buddhisten beiderseits des Rheins am Sonntag auf der Passerelle zwischen Kehl und Straßburg deutlich machen, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll - und wir die Verantwortung dafür tragen, dies in konkrete politische Schritte umzusetzen.

Die Lage in Kamerun ist eng mit dem verknüpft, was vor 100 Jahren in Europa geschah: Nach dem Ende des deutschen Kolonialreichs übernahmen Großbritannien und Frankreich die Verwaltung der ehemals deutschen Kolonie. In einer Volksabstimmung 1961 schloss sich ein Teil der anglofonen Gebiete Nigeria an, der andere Kamerun - unter der Bedingung, das britische Erb-, Schulund Justizsystem fortführen zu dürfen. Kamerun gab sich damals ein föderales System. Doch seit 1972 wird das Land zentralistisch regiert.

Bereits im Herbst 2016 berichteten unsere Geschwister aus der Presbyterian Church in Cameroon von immer stärkeren Benachteiligungen. Demonstrationen seien teilweise brutal beendet, Lehrer inhaftiert worden. Eine separatistische Widerstandsgruppe, die bereit war, mit Gewalt gegen die Regierungstruppen vorzugehen, die so genannten Ambaboys, bekämen immer mehr Zulauf. Wo diese aktiv sind, habe dies verheerende Konsequenzen. Bei seinem Besuch im Frühjahr dieses Jahres bestätigte uns Moderator Fonki, was auch unsere badischen Partnergemeinden aus den Kirchenbezirken Markgräflerland, Breisgau-Hochschwarzwald, Überlingen-Stockach und Konstanz bereits erfahren hatten: Ganze Dörfer wurden nach einem Angriff auf eine Polizeistation niedergebrannt. Inzwischen sind laut Vereinten Nationen weit mehr als 250.000 Menschen auf der Flucht und Hunderte zu Tode gekommen.

Am Sonntag, 11. November, ist nicht nur der Tag unserer deutsch-französischen Friedenserklärung der Religionen. Am Sonntag ist auch der jährliche Tag der Presbyterian Church in Cameroon. Bruder Fonki hat mir seine Rede vorab zukommen lassen. Seine Rede ist eine starke Friedenserklärung. Mitten im Bürgerkrieg, angesichts vertriebener und getöteter Pfarrer und Gemeindemitglieder ruft er seine Kirche zur Nachfolge Jesu auf, der uns Feindesliebe gelehrt hat. Diese Feindesliebe solle allen Christen ein Vorbild sein.

Im Namen der Kirchenleitung verurteilt Moderator Fonki die Einschüchterungen und Morde durch die Separatisten und das Militär gleichermaßen. Er verurteilt die Gewalt gegen Unbewaffnete in den Krisenregionen, die Angriffe auf Bildungseinrichtungen und dass Kinder gehindert daran werden zur Schule zu gehen. Er ruft die Zentralregierung auf einen Friedensplan auszuarbeiten, der

die Konflikte lösen kann und auch die wahren Ursachen mit berücksichtigt. Die Diaspora, also Kameruner in Amerika und Europa, ruft er dazu auf, nicht mit "hate speech" die Gewalt noch weiter anzufachen. Die Christen der PCC ruft er auf zu beten und genauso bürgerschaftliche Verantwortung zu übernehmen und jegliche Gewalt abzulehnen.

All das ist auch unsere Überzeugung hier in Europa. Doch wieviel einfacher ist es, dies zu vertreten in Zeiten des Friedens. Kamerun braucht unser Gebet und unsere Unterstützung. Wir sind dankbar für die Initiativen der südbadischen Kirchenbezirke, die z.B. im Bezirk Breisgau-Hochschwarzwald alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und über die Lage in Kamerun informiert haben. Wir bitten die Gemeinden, am kommenden Sonntag für Frieden in Kamerun zu beten. Wir bitten um Spenden für das Nothilfeprojekt in Kamerun von Mission 21, ein Verbund von Kirchen, in dem sich auch die Evangelische Landeskirche in Baden engagiert. Es unterstützt die PCC, die sich weiter in den derzeit ruhigen Regionen im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen engagiert, auch, um die vielen Binnenflüchtlinge zu versorgen, die ohne Obdach sind. Es gibt Kinder auf der Flucht, die schon seit zwei Jahren keine Schule mehr besuchen können. Ihnen ist damit auch der Zugang zu Abschlussprüfungen und so zur Universität verwehrt. Sie verlieren die Perspektive, wenn ihnen nicht geholfen wird."